

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Preis für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 13./10. bis 19./10. M. 100 000 000, Einzelnummer M. 30 000 000
Anzeigen-Preise. Schlußzahl der deutschen Zeitungen: 800 000 x Grundpreise: Die 1 spaltige 30 mm breite Seite M. 8, außerhalb Sachz. M. 100. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt M. 30, außerhalb M. 75, die 10 mm breite Reklamenspalte M. 200, außerhalb Sachz. M. 350; Obergangsgebühr M. 10. Zusätzl. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Steffl & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Entscheidung über die deutsche Währung

Die Rentenmark als Zwischenlösung — Die Goldwährung das Ziel — Die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel — Der Verwaltungsrat der neuen Währungsbank bereits gewählt — Die französische Behinderung des Wiederaufbaues der Ruhrwirtschaft — Weitere Teuerungskrawalle — Die jüdische Regierung gegen das Verbot der proletarischen Kundertreffen.

Der Beschluß des Reichskabinetts.

Berlin, 15. Okt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erstfällige Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstklassige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe.

Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß diese neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das höchste Maß an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird. Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Ausrüstung der Rentenbank, die die Unterschriften dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reiche Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen.

Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigegeben. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viel wertbeständige Zahlungsmittel im Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe, 1, 2 und 5 Dollar, bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer soviel verschiedene Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Jahres des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihestücke auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Diese von der Reichsregierung heute beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Vorabsetzung jeder endgültigen Regelung ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Herstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür soll das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes sind bereits die Umstellung der Steuern auf Goldberechnung erfolgt, die Demobilisationsverordnungen zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmnissen geändert und die Grundzüge für durchgreifende Einschränkung der Ausgaben geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortzuschreiten. (W. T. V.)

So sehr man es auch begrüßen muß, daß nun endlich der erste entscheidende Schritt zum Neuaufbau der deutschen Währung und zur Mobilisierung der Ernte getan ist, so muß

es doch höchst bedenklich stimmen, daß die Reichsregierung nicht endgültig mit der Papiermark gebrochen hat. Das bisherige Währungsprojekt der Regierung sah nach den Veröffentlichungen der Regierung einen festen Einlösungskurs für die Papiermark gegenüber der Neumark oder, wie sie jetzt heißt, Rentenmark vor. Danach hätte die Papiermark also keinen eigenen Kurs mehr gehabt, sondern wäre in ein festes Verhältnis zur Rentenmark getreten, hätte lediglich noch die Funktionen einer Scheidemünze für die kleinen Stücke der neuen Währung ausgeübt und wäre so durch die neue Währung gestrichelt worden. Man mag auch mit Recht annehmen können, daß durch die Einstellung der Notenpresse der hauptsächlichste Grund für die Marktenwertung in Vorkurs kommt und somit die rasende Entwertung aufhalten werden wird, so läßt sich doch die Behauptung nicht unterdrücken, daß die Papiermark, die jedes Vertrauen im Volke verloren hat, niemals wieder ein festes und brauchbares Zahlungsmittel werden kann, daß durch ihre Beibehaltung als gesetzliches Zahlungsmittel die große Masse des Volkes noch nicht so bald in den Genuß wertbeständiger Bezüge kommt und daß ferner das Nebeneinander eines wertbeständigen und eines jedes Vertrauens baren schwankenden Zahlungsmittels zu einem heillosen Durcheinander zu führen droht, das der Papiermark sicher nicht zum Vorteil auszufließen dürfte. Ueber die Pläne des Finanzministers wurde im übrigen bereits vor dem endgültigen Kabinettsbeschlusse berichtet.

Die Grundzüge des Entwurfs, den heute der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Kabinett vorlegte, bildet der noch unter Dr. Brüning angeordnete Ministerialentwurf, doch sind gegenüber der feineren veröffentlichen Fassung anscheinend Änderungen vorgenommen worden. Diese Änderungen beziehen sich vornehmlich darauf, wie der Übergang von der Papiermark zur Neumark-Währung vollzogen werden soll. Während nach dem früheren Entwurf vorgesehen war, daß die Neumark sofort alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel wird und die Papiermark nur noch die Funktion einer Scheidemünze behält, soll nach dem jetzt vorliegenden Entwurf für die Übergangszeit eine Art Parallelwährung gelten, d. h., die Papiermark wird nicht sofort zur Neumark in eine bestimmte Relation gesetzt, sondern aus der Bewertung, welche die beiden Währungen im Wirtschaftsverkehr erfahren, soll sich der Kurs herausbilden, zu dem später die Einlösung der Papiermark erfolgt. Bis in die letzten Tage sind Beratungen darüber im Gange gewesen, wieviel der zuerst von den Demokraten gemachte Vorschlag, für die Übergangszeit die Goldanleihestücke als Zahlungsmittel zu verwenden, in den Währungsplan des Reichsfinanzministeriums hineingearbeitet werden könnte.

Die Intervention der Reichsbank auf dem Devisenmarkt.

Berlin, 15. Oktober. Von unrichtiger Seite wird angegeben, daß der Reichsbank für ihre Interventionstätigkeit am Devisenmarkt auch die Devisen zur Verfügung stehen, die auf Grund der Verordnung vom 26. August an das Reich abzuliefern sind. Aus diesen Devisenablieferungen, die man bisher auf 100 Millionen Goldmark schätzt, hat das Reich in den Tagen der jüngsten Intervention Geld schöpft. Mittlerweile gehen weitere Devisen auf dieser Quelle und auch aus den Fiktivablieferungen des Exportes ein, so daß mit einer durchaus genügenden Versorgung der intervenierenden Stellen zu rechnen sei.

Der Reichspräsident verzichtet auf die Hälfte der Aufwandselder.

Berlin, 15. Okt. Der Reichspräsident hat in einer Zuschrift an den Reichskanzler mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches und dem Ernst der Zeitverhältnisse künftighin bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm nach dem Reichsgesetz zustehenden Aufwandselder verzichte. (W. T. V.)

Die Teuerungsunruhen im Reiche.

Plünderung von Bäckerläden in Berlin.

Verfuchter Sturm auf das Schöneberger Rathaus. Berlin, 15. Okt. Heute vormittag sammelten sich vor einer Bäckerei in der Weidenstraße etwa 50 Personen an, drangen in den Laden ein und raubten die gesamten Bäckwaren im Werte von 40 Milliarden. Die Täter konnten nicht dingfest gemacht werden. Eine Zusammenrottung von etwa 2000 Personen, vermutlich Erwerbslosen, wurde in derselben Gegend aufgestellt. Am Nachmittag wurden in Neukölln mehrere Bäckereien geplündert. Einige der Plünderer wurden festgenommen. Heute vormittag versuchten Erwerbslose in der Ackerstraße Demonstrationen. Einem Polizeibeamten entziff die Menge das Seitengewehr. In seiner Bedrängnis feuerte der Beamte vier Schüsse ab, worauf die Menge auseinanderstob. Ob jemand verletzt wurde, steht noch nicht fest. Hiemisch bedrohlich war die Lage heute vormittag auf dem Rudolph-Wilde-Platz in Schöneberg. Hier hatten sich vor dem Rathaus etwa 5000 Personen angesammelt, die eine außerordentliche Erwerbslosenunterstützung verlangten und das Rathaus zu stürmen versuchten. Sie wurden von der Schutzpolizei zurückgedrängt. Diese mußte schließlich das Seitengewehr aufplanzen, um den Platz zu räumen. (W. T. V.)

Ausbreitungen und Plünderungen in Mannheim.

Mannheim, 15. Okt. Mehrere hundert Erwerbslose zogen heute vormittag zum Gewerkschaftshaus und von dort zum Rathaus. Eine Abordnung begab sich zu Verhandlungen

ins Rathaus. Die Demonstranten umlagerten das Rathaus, dessen Türe eingedrückt wurde, hielten die Straßendämme an und zwangen alle Fahrgäste, auszusteigen. Darauf löste die Polizei zur Auflösung der verborgenen Ansammlung und der Räumung des Platzes, was ohne Zwischenfälle vor sich ging. Ein Teil der Demonstranten begab sich über die Friedrichsbrücke nach dem Neuplatz, in der Meinung, dort unter dem Schutze der Franzosen vor dem polizeilichen Einschreiten sicher zu sein. Vom Neuplatz zog die Menge zur Mittelstraße und plünderte dort die Filiale eines Warenhauses und mehrere Fuhrwerke mit Lebensmitteln. Die Polizei schritt gegen die Plünderer ein. Bis in die späten Nachmittagsstunden sind zwei Demonstranten als verwundet gemeldet.

Die Erhöhung des Brotpreises.

Berlin, 15. Okt. Die starke Erhöhung des Brotpreises hat in gewerkschaftlichen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Gewerkschaften haben das Reichsberufungsministerium und das Reichsarbeitsministerium um eine Besprechung der Angelegenheit ersucht. Der Reichsarbeitsminister empfing am Nachmittag die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände zu einer Unterredung.

Dollar (Amtlich): 3760000 000
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4975 Millionen

Auf dem Wege zu neuer Ordnung?

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstags muß als die Einleitung einer neuen innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Entwicklungsphase Deutschlands angesehen werden, an die sich große und letzte Hoffnungen des ganzen Volkes knüpfen. Auch die opponierenden Parteien haben gegen den Gedanken einer besonderen Ermächtigung der Reichsleitung an sich nichts einzuwenden, und sie würden diesem Gesetze mit Freuden zugestimmt haben, wenn es einer innerlich härteren und unabhängigen Partei freie Bahn und freie Hand für die dringend notwendigen Eingriffe in den ungeltegemäß umfangreichen und einseitigen Gesetzes- und Verwaltungsapparat hätte verschaffen sollen. Daß es notwendig, ja unausschiebbar war, diesen Schritt zu tun, werden sie gerade am allerwenigsten verkennen. Fünf lange Nachkriegsjahre, von denen eins immer trauriger war als das andere, mußten in unfruchtbarer Illusionen und in fehlerhaften Versuchen, den Frank und kränker werdenden Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches zu heilen, dahinschwinden, ohne daß das Parlament oder irgendeine in ihm mächtige Gruppe die längst reif gewordene Einsicht, daß es so nicht geht, unter Zusammenfassung ihres ganzen Einflusses in heilsame Taten umzusetzen verstanden hätten. Fünf lange Jahre ist das Glend von Tag zu Tag gewachsen, auch wenn diese Bewegung in der vergangenen Zeit nicht in allen Ständen und Wirtschaftsschichten in gleicher Schärfe in Erscheinung trat, und manche Momente vorübergehend darauf schließen ließen, die Entwicklung zum Niedergang habe sich dem Besseren zugewandt. Erst als die Verelendung der Allgemeinheit aus allen Ecken des Handels und Wandels mit fragenhafter Verzerrung hervorgriff, als man im Staatsrat mit zwanzigsteiligen Mägen zu rechnen begann, als der Arbeiter der traurigen Fronte verfiel, nicht einmal mehr die acht Stunden, die er zu wirken bereit war, arbeiten zu können, als Mittelstand und Kulturereignisse fast reiflos zur Strecke gebracht waren, erst dann entspring dem Trude der grenzenlosen Not der Entschluß, dem bisherigen Trotts zu entsagen und auf außergewöhnliche Weise Abhilfe zu schaffen. Das Parlament, das sich heute vielleicht in seinen Einzelmitgliedern als Retter des Vaterlandes fühlen mag, hat dabei einen schweren Schlag, eine nicht wiederergutzumachende Einbuße an Vertrauen und Achtung erlitten. Was es jetzt mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz unter dem unausweichlichen Zwange unglücklicher Verhältnisse sich abgerungen hat, das konnte und mußte es mindestens anderthalb Jahre früher aus eigenem freien Willensentschluß in die Wege leiten; es mußte zur rechten Zeit die Verabschiedung von Gesetzen und die Ergänzung nachrevolutionärer Sozial- und Wirtschaftsbestimmungen ablehnen, denen es auf der Stirn geschrieben stand, daß sie ein in seiner Erziehung auf schwerste ererbtes Volk beim Kampfe um den Aufbau der Trümmer nur belasten und behindern würden. Es mußte den ehernen Regeln der Produktion und des Verbrauchs Geltung verschaffen und allen Selbsttäuschungen des mit menschenfreundlichen Sozialvorstellungen beglückten Volkes rückhaltlos entgegenarbeiten. Wenn es so gehandelt hätte, wenn es hinter diese Rücksichten allen parteipolitischen Kleinfram zurückzudrängen bemüht gewesen wäre, so wären wir nie auf die erbärmliche Wirtschaftslage von heute herabgefallen, und der parlamentarische Wille hätte berechtigten Anspruch darauf, in den Erträgen des deutschen Reichstages als Bealüder der Völker gefeiert zu werden. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, hat der heutige Reichstag verweigert, und so sehen wir ihn denn für die nächste Zukunft ohne Mitleid und ohne Bedenken in den Hintergrund der Bedeutungslosigkeit treten, während die Rolle, die ihm eigentlich zufiele, in den wichtigsten Entscheidungen den Händen der Regierung überantwortet wird.

Wir machen kein Hehl daraus, daß dieser Schritt, so freudig wir ihn bei einer anderen Zusammenkunft des Kabinetts begrüßt haben würden, von uns vor allem in Ansehung dieses Punktes nicht mit ungeteilten Gefühlen aufgenommen werden kann. Die sozialdemokratische Mitwirkung, auf deren Konto nun einmal der Löwenanteil der wirtschaftspolitischen Fehlschläge in den Nachkriegsjahren entfällt, läßt es als fraglich erscheinen, ob die der Regierung anteil gewordene Ermächtigung allein zum Heile des deutschen Volkes ausgenutzt werden wird oder ob sich künftighin nicht auch auf international-sozialistischen Phantasien fußende Einflüsse im engeren Gremium der verantwortlichen Männer breitmachen werden. Besonders skeptisch macht zudem noch die im Ermächtigungsgesetz selbst liegende Beschränkung, daß die Vollmachten der Regierung mit dem Rücktritt oder dem Sturz des gegenwärtigen Kabinetts enden, so daß also die Sozialdemokratie nur eine neue Krise vom Zaune zu brechen braucht, um die ihr möglicherweise unangenehmen Entscheidungen der Bevollmächtigten zunichte zu machen. Zudem wäre es kurzfristig, nur um dieser, wenn auch noch so berechtigten Beschränkungen willen die unmittelbar nach der Annahme des Gesetzes in Gang geratene Verwaltungsstätigkeit des Reichskabinetts von vornherein abzulehnen. Mit dem bemerkenswerten Eifer, der auch in der ausländischen Presse